



Vorsorgeforum

Der Newsletter zur 2. Säule

523 17.3.2025 /

KOMMENTAR

Viel Glück!

Wir haben einen neuen Bundesrat. Er heisst auch Pfister, ist aber ein anderer. Von diesem Pfister haben wir alle bisher noch nichts gehört. Und das hat einen einfachen Grund. Er ist niemandem aufgefallen. Und jetzt ist er also Bundesrat. Gut für ihn! Und für uns? Es hätte in der sog. Mitte noch andere Kandidaten gegeben, brillante Köpfe. Die hatten keine Lust. Und vom Zweitticket hat das Parlament in alter Tradition den weniger auffälligen, blasseren, schwächeren gewählt. Einen, vor dem niemand Angst hat. Genau das, was die Schweiz jetzt braucht.

Wir sind ja von Feinden umzingelt. Klar, Putin, der anscheinend vor gar nichts zurückschreckt. Neuerdings können wir aber auch den Amerikanern nicht mehr trauen. Das Geld der AHV und der Pensionskassen in US-Depotbanken? Goht's no? Da können wir es gleich zur Gazprombank schicken oder zur Bank Uralsib, beispielsweise. Der Nationalrat war knapp anderer Meinung.

Dass die Pensionskassen und die Nationalbank grosse Gewinne mit Microsoft, Apple, Nvidia etc. eingefahren haben und ohne Anlagen in den USA heftige Probleme hätten – ist halt so. Und dass wir amerikanische Kampfflieger bestellt haben – das war noch zur guten, alten Biden-Zeit. Mit Trump ist alles anders. Vielleicht kann man die Bestellung rückgängig machen? Und die Chinesen sollten wir nicht vergessen, auch keine Busenfreunde, im Gegenteil.

«Viel Feind, viel Ehr», hat es einmal geheissen, bis jene, die das glaubten, dran glauben mussten.

Zur Sicherheit werden wir, wie alle guten Europäer, erst einmal aufrüsten. Und mit Macron, Starmer, von der Leyen etc. haben wir weitsichtige, erfolgreiche Politiker, die für unsere Wertegemeinschaft eintreten, in der Ukraine ihre «Boots on the Ground» stellen wollen und jetzt knallhart Strafzölle auf US-Whisky

erheben. Und auf die Retourkutsche der USA mit Zöllen auf Champagner werden sie auch eine Antwort wissen. Denen können wir uns getrost anschliessen.

Da trifft es sich gut, dass Rüstungsaktien, aktuell garantierte Wachstumstitel, wieder akzeptiert sind, sogar für Pensionskassen. Das hat wohl damit zu tun, dass die militantesten Armeeabschaffer über Nacht zu Experten für Kampfjets, Panzer und Drohnen mutiert sind. Chapeau, für so viel Flexibilität. Jetzt warten wir nur noch darauf, dass sie zu den Klimaleugnern überlaufen und das Gendern aufgeben. Aber wir sollten nicht übertreiben.

Wie gesagt: Wir haben einen neuen Bundesrat. Man muss ihm und uns viel Glück wünschen. Wir haben es dringend nötig.

Peter Wirth, [E-Mail](#)

PS. Wenn Sie das lesen, geschätzter Leser, geschätzte Leserin, weile ich hoffentlich in der Sonne am Mittelmeer. Das heisst, in dieser Woche wird der Nachschub an News dünner ausfallen als gewohnt oder auch ganz. Den nächsten Newsletter gibt's am 7. April.



Afternoon-Series

Ausbildungszyklus «Pension Assets»:
Vermögensbewirtschaftung
für Verantwortliche der 2. Säule

Mittwoch, 10./17./24. September 2025, Zürich



AKTUELL

E Gruess vo dr Basler Fasnacht

11. März 2025



D'AGB-Fasnachtsclique (Alti Garde, basst) het d'Langläbigkeit oder modärner Longevity (s'Ghaimnis vom lenger läbe) als Sujet. Nätterwys hänn si ihri Latärne Zobe grad vor unser Huus abgestellt, s'passt prima zu unserem Thema. S'goht unter Aktuarielles.

Unde hets no meh Helge. S'brucht aber starggi Närve.

[weiterlesen >>](#)

BVG-REFORM

Ständerat vertagt Entscheide über weitere Pensionskassenreformen

7. März 2025



AWP. Mehrere Motionen für Anpassungen bei der beruflichen Vorsorge lagen dem Ständerat vor. Sechs davon wies er zur näheren Prüfung der zuständigen Kommission zu, auf Antrag von Charles Juillard (Mitte/JU). Es brauche ein koordiniertes Vorgehen in diesem sensiblen und emotionalen Bereich.

Der jüngste Versuch, die 1985 eingeführte berufliche Vorsorge zu reformieren, scheiterte im September 2024 am wuchtigen Nein an der Urne, nach jahrelanger Vorbereitung. Die Reform hätte die zweite Säule angesichts der steigenden Zahl von Rentnerinnen und Rentnern und sinkenden Renditen finanziell stabilisieren sollen.

Zudem hätten mit der Reform Menschen mit tiefen Einkommen im Alter besser abgesichert werden sollen, aber auch mehr in die zweite Säule einzahlen müssen.

Hingegen fordert der Ständerat, dass die Daten der Altersvorsorge für Versicherte digital und standardisiert einsehbar sind. Er nahm dazu eine Motion von Erich Ettl (Mitte/OW) mit 35 zu 7 Stimmen an. «Es braucht mehr Wissen über die persönliche Rentensituation», sagte Ettl. Ihm schwebt ein Dashboard zu den drei Vorsorgesäulen vor.

Sozialministerin Elisabeth Baume-Schneider wehrte sich gegen einen solchen Zwang und fügte an, dass die Digitalisierung bei der zweiten und dritten Säule vorankomme. Für die AHV wolle der Bundesrat die erforderlichen Rechtsgrundlagen im laufenden Jahr vorlegen. Die Motion geht an den Nationalrat.

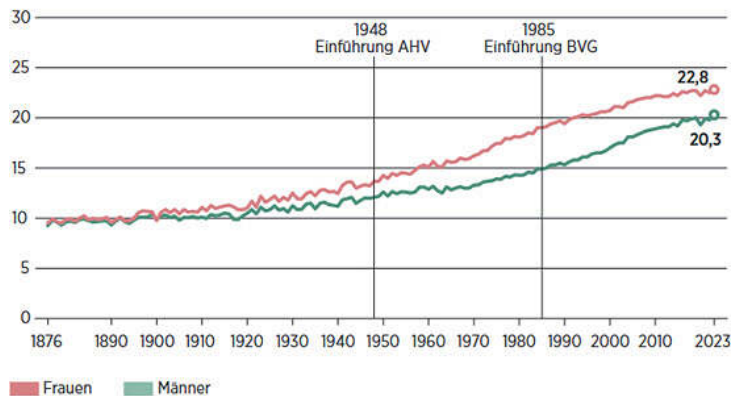
➤ Ratsprotokoll Motion Ettl [Standardisierter Zugang zu persönlichen Vorsorgedaten](#) / Ratsprotokoll Motion Wasserfallen: [Mehrfachbeschäftigte besser versichern](#) / [Berücksichtigung Care-Arbeit in der 2. Säule](#) / [Berufl. Vorsorge der Jungen verbessern](#) / [Kaufkraftverlust der Renten entgegenwirken](#) / [Freiwillige Sparmöglichkeit zur Erhöhung der Rente](#)

Centre Patronal: Aktualisierter Reformplan

6. März 2025

Lebenserwartung im Alter von 65 Jahren

In Jahren



Centre Patronal hat schon 2020 einen umfassenden Reformplan für 1. und 2. Säule vorgelegt und diesen jetzt aufgrund der bisherigen Ereignisse und Erfahrungen aktualisiert. Das Ziel ist, mit neuen Ansätzen die politische Blockade zu überwinden. Das Modell stützt sich auf Berechnungen von zwei Experten der [Universität Luzern](#) und eine neue Meinungsumfrage des Instituts [Sotomo](#).

Konkret soll der Koordinationsabzug abgeschafft, die Eintrittsschwelle beibehalten werden. Auch die Altersgutschriften sollen mit einer einfacheren, weniger progressiven altersabhängigen Staffelung geändert werden, um ab 50 Jahren einen ordentlichen Einheitssatz von 10 % (5 % Arbeitnehmender, 5 % Arbeitgeber) zu erreichen. Das Modell

sieht eine Übergangsregelung vor, die es ermöglicht, das Rentenniveau bereits versicherter Personen aufrechtzuerhalten.

Im Vordergrund des Reformplans steht die AHV, wo der Reformbedarf gross sei. Zur 2. Säule wird ausgeführt:

Bei der zweiten Säule ist der Reformbedarf weniger dringlich, da die Pensionskassen aufgrund ihres Handlungsspielraums bereits in der Lage sind, sich an die Verlängerung der Rentenzeit anzupassen. Dazu müssen sie jedoch vom BVG-Mindestplan abweichen (dieser definiert ein Schattenkapital, auf das der gesetzliche Umwandlungssatz von 6,8% angewendet wird).

Es scheint nun notwendig, diesen Mindestplan neu zu definieren, indem der Umwandlungssatz (der technisch an die Lebenserwartung gekoppelt ist) gesenkt und gleichzeitig das Vorsorgesparen erhöht wird. Der neue Mindestvorsorgeplan wird unweigerlich höhere Beiträge von Arbeitgebern und Arbeitnehmenden erfordern, um bessere Renten zu finanzieren, die länger gezahlt werden.

Er muss sorgfältig nach Alter und Lohnniveau ausgerichtet werden, um den Nettolohn von Geringverdienenden nicht übermässig zu schwächen, während die Vorsorge derjenigen, die nahe am Medianlohn liegen (die heute unter unzureichenden Renten leiden), gestärkt wird und ältere Arbeitssuchende nicht benachteiligt werden.

[weiterlesen >>](#)



The advertisement features the AXA logo on the left, which consists of a blue square with a red diagonal line and the letters 'AXA' in blue. To the right of the logo, the text reads 'Wir investieren in Schweizer Hypotheken. Sie auch?' in a bold, dark blue font. Below this text is a yellow rectangular button with the text 'ERFAHREN SIE MEHR' in black. The background of the advertisement is a light-colored surface with a faint architectural floor plan. In the foreground, a set of silver keys is placed on the floor plan, and a small yellow house model with a red roof is visible in the upper right corner.

PENSIONSKASSEN

Gemini-Sammelstiftung wird selbständig

13. März 2025

Am 1. Juli 2026 übernimmt die Gemini Sammelstiftung den operativen Betrieb von der Avadis Vorsorge AG. Die Verwaltung und der Vertrieb der Stiftung werden ab diesem Zeitpunkt nicht mehr durch Avadis geführt.

Die Stiftung hat nach eigener Einschätzung eine Grösse erreicht, die ihr eine selbstständige Weiterführung der Tätigkeiten ermöglicht. «Dieser Schritt gibt uns die Möglichkeit, flexibel zu handeln und Abläufe optimal an unsere Bedürfnisse anzupassen», sagt Bruno Marroni, Geschäftsführer der Stiftung.

Die Avadis Vorsorge AG bedauert den Weggang und blickt auf eine erfolgreiche Zusammenarbeit zurück. «Wir sind stolz, Gemini auf ihrem Weg begleitet und bei deren Weiterentwicklung mitgewirkt zu haben. Diese Veränderung eröffnet für beide Organisationen neue Entwicklungsmöglichkeiten», so Benno Halter, CEO von Avadis.

Der Übergang erfolgt in enger Abstimmung, um einen reibungslosen Wechsel sicherzustellen. Die betroffenen Mitarbeiter werden von Gemini übernommen.



KAPITALANLAGEN

UBS PK-Performance Februar 2025

11. März 2025

**Monatlicher Durchschnitt, gleichgewichtet, nach
Gebühren, in Prozent**

	PK unter 300 Mio.	PK 300 Mio. bis 1 Mrd.	PK über 1 Mrd.	PK alle
Mrz. 24	2,23	2,03	1,94	2,1
Apr. 24	-0,99	-0,8	-0,86	-0,91
Mai. 24	1,16	1,14	1,13	1,15
Jun. 24	0,81	0,88	0,86	0,84
Jul. 24	0,85	0,74	0,81	0,81
Aug. 24	0,13	0,06	0,16	0,12
Sep. 24	0,64	0,62	0,59	0,62
Okt. 24	-0,6	-0,47	-0,55	-0,56
Nov. 24	1,6	1,5	1,46	1,54
Dez. 24	-0,14	0,01	-0,14	-0,11
Jan. 25	1,72	1,74	1,56	1,67
Feb. 25	0,32	0,19	0,19	0,25
Jahr 2025	2,04	1,93	1,75	1,92

Die Pensionskassen im UBS-Sample erzielten im Februar nach Abzug von Gebühren eine durchschnittliche Performance von 0,25%, wobei sie bei einzelnen Pensionskassen zwischen -0,26% und 1,30% betrug. Die annualisierte Rendite seit der Lancierung der UBS Pensionskassen-Performance im Jahr 2006 liegt bei 3,28%.



BVK-Gelder bei JP Morgan

3. März 2025



Dass Compenswiss State Street als Depotbank wählte, ist zum Politikum geworden. Nun wird bekannt, dass JP Morgan die Depotbank der BVK ist. Die Kasse sieht darin kein Risiko. Kern Alexander, Bankenprofessor an der Universität Zürich sieht das anders. Der Tages-Anzeiger schreibt:

Die BVK ist mit über 142'700 Versicherten und einem derzeitigen Anlagevermögen von rund 43 Milliarden Franken die grösste Pensionskasse der Schweiz. Rund 60 Prozent der Versicherten arbeiten in den Branchen Gesundheit, Bildung, Infrastruktur, Transport und Verwaltung. Die übrigen 40 Prozent sind Angestellte des Kantons Zürich.

JP Morgan Suisse verwahre mehrheitlich die liquiden Anlagen der BVK, welche rund drei Viertel des Anlagevermögens ausmachen, sagt BVK-Sprecherin Gökçe Schneiter. Gemessen am Gesamtvermögen entspricht dies einem Betrag von rund 32 Milliarden Franken. (...)

[weiterlesen >>](#)

«Politische Nebelpetarden»

12. März 2025



Trump kommt bei den Schweizer Politikern nicht gut an, die USA aktuell generell nicht. Dass Compenswiss und neben der BVK wohl diverse weitere Pensionskassen als Depotbank amerikanische Institute gewählt haben, hält man für riskant. Das Thema hat jetzt auch das Zürcher Kantonsparlament in Form von zwei Anfragen erreicht. Die NZZ zitiert dazu ASIP-Direktor Lukas Müller-Brunner. Lukas Riesen von PPCmetrics betont, dass Staatsanleihen nicht zweckgebunden sind und die investierten Mittel auch für militärische Ausgaben - also Waffenkäufe - nützen.

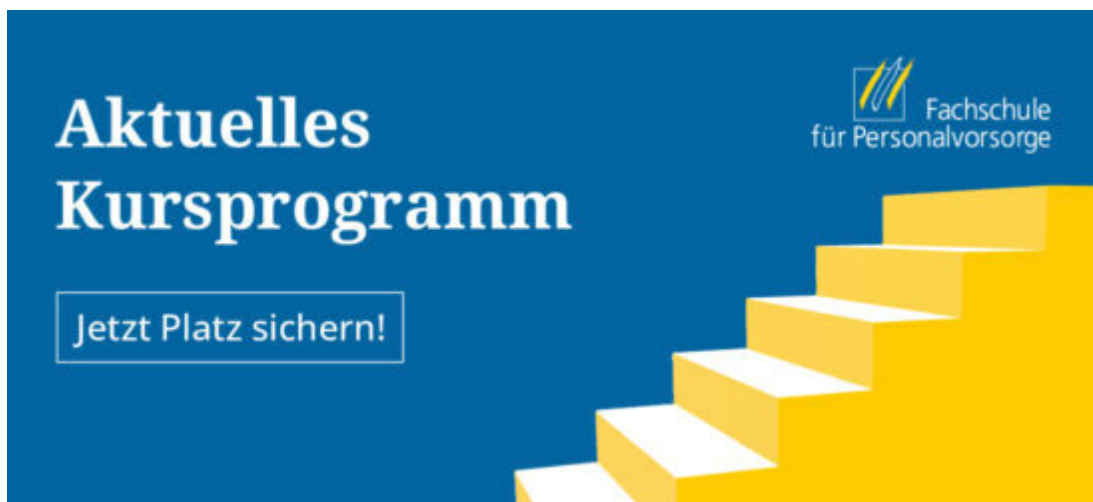
Im Zürcher Kantonsparlament sind diese Woche dazu zwei Anfragen eingereicht worden. Eine stammt von Sibylle Marti und Tobias Langenegger von der SP. Sie wollen von der Kantonsregierung unter anderem wissen, wie sie das Risiko einschätzt, dass Zürcher Pensionskassengelder von US-Sanktionen erfasst werden. Weiter stellen sie die Frage, ob es noch sinnvoll ist, PK-Gelder von ausländischen Finanzinstituten verwalten zu lassen.

«Die Entwicklung in den USA ist sehr bedenklich», sagt Sibylle Marti. «Die US-Regierung handelt autoritär und willkürlich. Wir sehen neue Formen von Wirtschaftskriegen.» Es sei gut vorstellbar, dass dieser Druck auch die Schweiz erreiche, zum Beispiel über die riesigen Anlagevolumen bei US-Depotbanken. (...)

Lukas Müller-Brunner ist Direktor des Schweizerischen Pensionskassenverbands (Asip). Aus seiner Sicht sind die Unmutsbekundungen nicht mehr als eine politische Nebelpetarde, wie er im Gespräch mit der NZZ sagt.

Eine Depotbank sei ein administrativer Dienstleister für die Verwaltung der Wertschriften, mehr nicht. «Sie ist wie ein Hauswart», sagt Müller-Brunner. «Der ist auch jeden Tag da und macht seine Arbeit, aber es käme niemand auf die Idee, dass ihm das Gebäude gehört.»

[weiterlesen >>](#)



Schweizer Depotbank für die AHV?

13. März 2025



Der Nationalrat hat knapp eine Motion der WAK-N abgelehnt, mit welcher der Compenswiss eine Schweizer Bank als Depotbank vorgeschrieben werden sollte. Der Nationalrat lehnte mit 98 Nein bei 89 Ja und acht Enthaltungen die Motion ab. Geschlossen oder grossmehrheitlich dagegen stimmten die Linke, die Grünliberalen und die FDP. Dafür stimmten die SVP und die Mehrheit der Mitte. Bei einer grösseren Geschlossenheit der Mitte wäre das Ergebnis anders herausgekommen.

NR Thomas Matter (SVP) hat das Geschäft für die Kommission vor dem Nationalrat vertreten. An seine Ausführungen schloss sich eine ausgesprochen muntere bis teilweise bizarre Fragerunde an, die im Detail im Ratsprotokoll nachzulesen sich durchaus lohnt und einigen Einblick in die politischen Befindlichkeiten der Ratsmitglieder erlaubt, ganz abgesehen von ihren anlagentechnischen Kompetenzen. Dazu ein paar Zitate:

Matter: Was doch etwas befremden muss, ist das intensive Lobbying, das die Compenswiss im Vorfeld der Beratung dieser Vorlage betrieben hat. Das Parlament übt immerhin die Oberaufsicht über die öffentlich-rechtliche

Compenswiss aus, und da scheint es doch ziemlich unüblich, dass diese ihre Interessen so massiv bei Ihnen und in den Medien zum Ausdruck bringt. Compenswiss mandatierte die deutsche State Street Bank International GmbH, deren Muttergesellschaft amerikanischem Recht untersteht. Auch wenn das Risiko zugegebenermassen klein ist, kann nicht ganz ausgeschlossen werden, dass die USA ihre Interessen gegenüber der Schweiz einmal durchsetzen, sollte dies aus Sicht der USA notwendig sein. (...)

Portmann Hans-Peter: Vielen Dank, Herr Matter, mein Kollege wird dann die Berufsehre hoffentlich hochhalten. Sie wissen, was Sie gesagt haben, stimmt so nicht, denn die Depotbank ist so oder so immer eine amerikanische.

Aber meine Frage als Banker an Sie lautet: Ist Ihnen bewusst, dass Sie mit diesem Vorgehen viele Schweizer Vermögensverwalter, die amerikanische oder andere ausländische Kunden haben, in Gefahr bringen und wir im Gegenzug ebenfalls viele Aufträge und Geschäfte hier verlieren werden, da die USA diesen Protektionismus natürlich auch gegenüber uns anwenden könnten?

[weiterlesen >>](#)

Risiken bei Anlagen in den USA sind unvermeidlich

14. März 2025



Prof. Peter V. Kunz

Der AHV-Ausgleichsfonds wie auch Pensionskassen lassen ihr Vermögen von einer US-Depotbank verwahren. Das ruft die Politik auf den Plan. Bankprofessor Peter V. Kunz erklärt in einem Interview mit dem Tages-Anzeiger die Risiken. Auszüge:

Herr Kunz, gesetzt der Fall, die USA erlassen aus irgendeinem Grund Sanktionen gegen die Schweiz: Würden nur Gelder auf US-Banken eingefroren?

Es wären sämtliche Vermögenswerte, die sich ausserhalb der Schweiz befinden, gefährdet. Nicht nur Konten bei US-Banken, sondern bei allen Banken. Auch eine UBS wäre betroffen.

Wie findet so etwas faktisch statt, gäbe es eine Liste, auf der der AHV-Ausgleichsfonds oder Schweizer Pensionskassen aufgeführt sind?

Wir waren bis jetzt noch nie auf einer US-Sanktionsliste als Staat. Die Schweiz gilt nicht als Unrechtsstaat, anders als der Iran. Aber die USA schauen kritisch auf die Schweiz, etwa auf die Nationalbank wegen angeblicher Währungsmanipulationen. Es ist nicht davon auszugehen, dass Sanktionen gegen die Schweiz als Staat verhängt würden. Aber auf US-Listen könnten bestimmte Unternehmen aufgeführt werden, die Tätigkeiten in der Schweiz wahrnehmen. Die US-Depotbank State Street, UBS und andere einzelne Banken wie auch Firmen könnten betroffen sein.

Es ist also egal, ob es sich um eine US-Bank, eine Schweizer Bank oder eine andere ausländische Bank handelt, bei der Geld aus der Schweiz verwahrt wird?

Ja, es kommt nicht darauf an, ob es sich um eine ausländische oder inländische Bank handelt. Auch die UBS würde sich an US-Sanktion halten müssen.

Compenswiss hält gut 30 Prozent ihrer Vermögenswerte in US-Anlagen, verwahrt müssen sie vor Ort werden. Sie meinen, das ist wegen einer möglichen Verweigerung des Zugriffs zu riskant?

Wenn man den USA misstraut und das Risiko des Einfrierens sieht, darf man nicht mehr in US-Wertschriften investieren. Oder zumindest zu einem geringeren Anteil.

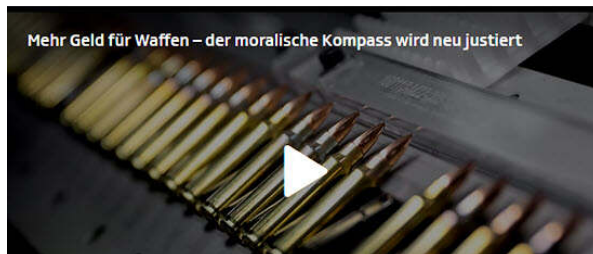
Was aber würde passieren, wenn der AHV-Ausgleichsfonds aus welchem Grund auch immer nicht an seine Vermögenswerte kommt, würde die Rentenauszahlung stocken?

Wenn Compenswiss über längere Zeit keinen Zugriff hätte, würde der Bund wahrscheinlich wieder über Notrecht Geld zur Verfügung stellen. Wir sprechen von rund 40 Milliarden Franken, das ist zwar sehr, sehr viel – aber nicht existenzgefährdend für die Schweiz. Bei der UBS-Krise im Jahr 2007 ging es um mehr als 60 Milliarden.



"Werden Investitionen in Waffenhersteller salonfähig?"

12. März 2025



Im Rahmen der ESG-Philosophie waren Waffenhersteller für institutionelle Anleger und insbesondere Pensionskassen verpönt. Jetzt soll aufgerüstet werden. Die entsprechenden Titel erleben kräftige Kursavancen. Dürfen da auch PKs mitmachen? Im Echo der Zeit hat SRF das Thema aufgenommen und u.a. auch ASIP-Direktor Müller-Brunner befragt. Auf der Website heisst es dazu:

Pensionskassen und Anlagefonds haben klare Vorgaben, wie sie ihr Geld investieren. Es sind gesetzliche Vorgaben und auch interne Richtlinien, die sich die Kassen selber geben. Auch wenn sich nun die geopolitische Lage dramatisch verändert, werden die Pensionskassen ihre Grundsätze nicht einfach plötzlich über Bord werfen, sagt Lukas Müller-Brunner, Geschäftsführer des Branchenverbandes Asip.

Es sei ein Missverständnis zu glauben, dass Pensionskassen im Tagesrhythmus neu über ihre Anlagen befinden würden. «Die Realität ist

vielmehr: Man hat langfristige Anlagerichtlinien, die einer klaren Grundlage folgen, die man vorgängig festlegt.»

In den Anlagerichtlinien ist zum Beispiel vorgegeben, wie viel Geld die einzelnen Pensionskassen in Aktien investieren, wie viel in Anleihen und wie viel in Währungen. Es gibt auch Vorgaben in Bezug auf die Nachhaltigkeit, zum Beispiel Umwelt, soziale Standards und Grundsätze im Umgang mit Investitionen in die Rüstungsindustrie.

Es gibt zwar etliche Anlagefonds und Pensionskassen, die Investitionen in Waffen ausschliessen, und es ist möglich, dass sich die zuständigen Gremien bei diesen Kassen Gedanken über eine Lockerung der internen Regeln machen. Die Mehrheit der grossen Pensionskassen allerdings hat bereits bisher in Aktien von Rüstungsunternehmen investiert, da ändert sich nichts.

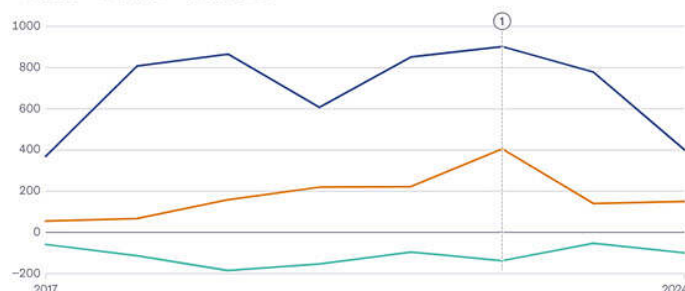


Wohnschutz für wen?

12. März 2025

In Basel-Stadt entstehen weniger Wohnungen

Neubau / Abbruch / Umbausaldo



① Im Mai 2022 trat die Wohnschutzverordnung in Kraft

Quelle: Statistik Basel-Stadt

NZZ/fpr.

Francesca Prader zeigt in der NZZ auf, was die Risiken und Nebenwirkungen des – vielleicht – gut gemeinten Wohnschutzes sind, wie ihn Basel und Genf praktizieren.

Mit neuem Elan propagiert die Linke etwa ihre Wohnschutzinitiative, die bald im Zürcher Kantonsrat debattiert wird. Einen solchen Schutzartikel hat Basel 2022 eingeführt. Seither müssen Veränderungen an einem Wohnhaus von einem Komitee geprüft werden. Dieses entscheidet dann auch, wie stark die Investition auf die Mieter abgewälzt werden darf.

Die Bilanz ist schlecht. Die Basler Regierung will nachbessern und den verordneten Mietzinsdeckel nach oben anpassen.

Denn gewiss hilft Wohnschutz, Leerkündigungen zu verhindern. Doch ebenso sinkt die Bereitschaft von Eigentümern, bestehende Siedlungen zu verdichten oder energetische Sanierungen vorzunehmen, wenn sie auf den Kosten sitzenbleiben.

Verschiedene grosse Immobilienfirmen haben ihre Investitionen in Basel seither auf Eis gelegt. Das ist schlecht für das Klima, ebenso für all die Menschen, die auf der Suche nach einer Wohnung sind und nun noch viel weniger Chancen haben, eine zu finden. (...)

[weiterlesen >>](#)

UBS: Verkauf eines Teils des Immobilien-Assetmanagements?

14. März 2025



Die Grossbank UBS prüft Insidern zufolge den Verkauf eines Teilbereichs des Asset Managements – ein Geschäft im Umfang von bis zu knapp einer Milliarde Dollar. Cash schreibt dazu:

Die anscheinend infrage stehende Einheit umfasse hauptsächlich Schweizer Immobilienanlagen, sagten die mit der Sache vertrauten Personen. Einer der Insider sagte, das Geschäft könnte auf einen Wert von unter einer Milliarde Dollar kommen.

Unter der Führung des neuen Divisionschefs Aleksandar Ivanovic ist die UBS dabei, das Asset Management neu aufzustellen. So wurden im Juni vorigen Jahres Teile der Immobilienanlagen in eine neue Einheit eingebracht, die Asset-Management- und Vermögensverwaltungsprodukte umfasst. (...)

Das Asset Management, das Vermögensverwaltung für Profikunden wie Pensionskassen sowie das Fondsgeschäft umfasst, kam Ende 2024 einschliesslich der 2023 übernommenen Credit-Suisse-Einheiten auf verwaltete Vermögen von 1,7 Billionen Dollar. Davon entfielen acht Prozent auf Immobilien- und Privatmarktanlagen.

Im Februar sagte UBS-Finanzchef Todd Tuckner Analysten, dass die Bank den «Ausstieg aus nicht-strategischen Geschäftsbereichen» erwäge, um die Rentabilität des Asset Managements zu verbessern.

 [Cash](#)

Telco verzichtet auf Wohnhochhaus

4. März 2025



Die Telco Immobilien in Baar, welche Immobiliendienstleistungen für private und institutionelle Anleger anbietet, verzichtet auf die Realisierung eines geplanten Hochhauses mit 60 Wohnungen in Zürich. Der Tages-Anzeiger schreibt:

Die Innerschweizer Tellco Immobilien AG plant seit 2019 eine neue Siedlung an der Heinrichstrasse, auf einem Grundstück neben dem Bahnviadukt im Kreis 5, wo heute Gewerbebauten stehen.

Zum Projekt gehörte ursprünglich [ein 70-Meter-Hochhaus](#). Dieses störte Politikerinnen aus dem Quartier sowie die hochhauskritische Zürcher Architektur-Gruppe Asaz. Anwohnende planten offenbar, das Projekt juristisch zu bekämpfen.

Mittlerweile hat die Tellco, ein Unternehmen, das Geld von Pensionskassen verwaltet, den Turm aus der Planung entfernt. Das geht aus der aktuellen [Bauausschreibung](#) hervor. Diese zeigt eine sechsgeschossige Blockrandbebauung. Das Hochhaus ist verschwunden. Entstehen sollen auch nicht mehr 170 Wohnungen, wie ursprünglich angekündigt. In der Ausschreibung ist von 109 Wohnungen die Rede. (...)

Das verkleinerte Projekt bewegt sich innerhalb der Bau- und Zonenordnung. Dadurch bieten sich deutlich weniger juristische Angriffspunkte.

Auch dies hat die Tellco zur Anpassung bewogen. «Eine zunehmende Prozessbereitschaft hat zum Richtungsentscheid geführt, auf ein Genehmigungsverfahren mit Gestaltungsplan zu verzichten», sagt Jürg Bumann, Leiter Entwicklungsprojekte bei der Tellco Immobilien AG. Auch die «allgemein risikobehaftete Situation» für Baubewilligungsverfahren in der Stadt Zürich habe dazu beigetragen.

 [TA / Tellco Immobilien](#)

VERSICHERTE

Die Pensionierung als Steuerfalle

11. März 2025



«Der Bund will das Vorsorgekapital stärker besteuern. Damit wird es noch attraktiver, für den Ruhestand ins Ausland zu ziehen. Selbst ein Umzug nach Deutschland kann sich lohnen», schreibt Albert Steck in der NZZ.

Doch warum fahren angehende Pensionierte besser, wenn sie die Schweiz verlassen, bevor sie ihr Vorsorgekapital beziehen? Der Grund liegt darin, dass die Kapitalbezugssteuer nur dann Gültigkeit hat, wenn sich der Wohnsitz im Inland befindet. Für alle andern kommt die Quellensteuer zum Einsatz. Und deren Tarife sind in der Regel deutlich tiefer.

Ein weiterer wichtiger Punkt sind die grossen Unterschiede zwischen den kantonalen Steuertarifen. Bei der Kapitalbezugssteuer allerdings kann man nur davon profitieren, wenn man effektiv in einen Tiefsteuerkanton umzieht. Ganz anders bei der Quellensteuer: Dort genügt es, das Vorsorgegeld einem Anbieter im Kanton Schwyz zu überweisen, welcher klar die tiefsten Tarife anbietet.

[weiterlesen >>](#)

PERSONELLES

Rochade im Vorstand

11. März 2025



Die PK-Netz Verbände haben sich am 6. März 2025, in Olten zur alljährlichen Mitgliederversammlung getroffen.

Adrian Wüthrich (Vize-Präsident PK-Netz, Travail.Suisse) und Susanne Oberholzer (Vize-Präsidentin PK-Netz, LCH) wurden vom PK-Netz Präsidenten Jordi Serra verabschiedet.

Die Mitgliederversammlung hat folgende Personen einstimmig in ihrem Amt bestätigt: Jordi Serra (vpod), Präsident; Brigitta Bernet (unia), Vize-Präsidentin; Matteo Antonini (syndicom), Vorstandsmitglied; Andreas Cabalzar (Öffentliches Personal Schweiz), Vorstandsmitglied.

Neu wurde Véronique Rebetez (syna) als Nachfolgerin von Adrian Wüthrich als Vize-Präsidentin gewählt. Marcel Santschi (LCH) wird ab Juni 2025 als Vize-Präsident die Nachfolge von Susanne Oberholzer antreten.

Stabwechsel bei der Patrimonium

3. März 2025



Ruedi Stutz / Clemens Schreiber

Nach 15 Jahren übergibt Ruedi Stutz die Geschäftsführung der Patrimonium Anlagestiftung an Clemens Schreiber, Senior Director Investor Relations bei Patrimonium Asset Management AG, und tritt in den Frühruhestand. Der Stiftungsrat schlägt Ruedi Stutz an der Anlegerversammlung vom 22. Mai 2025 zur Wahl in den Stiftungsrat vor.

Clemens Schreiber übernimmt die Funktion des Geschäftsführers der Patrimonium Anlagestiftung per 1. April 2025. Seit 2020 ist er bei Patrimonium Asset Management im Bereich Investor Relations tätig und wurde 2023 zum Senior Director befördert. Seit seinem Eintritt bei Patrimonium arbeitet Clemens Schreiber eng mit der Anlagestiftung zusammen, und war massgeblich an den letzten Kapitalerhöhungen beteiligt.

Davor war Clemens Schreiber bei StepStone Group tätig, wo er für Aufbau und Investor Relations einer grösseren Schweizer Anlagestiftung mitverantwortlich war, und in der Unternehmensberatung. Er verfügt über einen MBA sowie einen MSc in Economics der University of London und ist CAIA-Chartholder. Clemens Schreiber ist verheiratet und hat zwei Töchter.

 [Mitteilung Patrimonium](#)

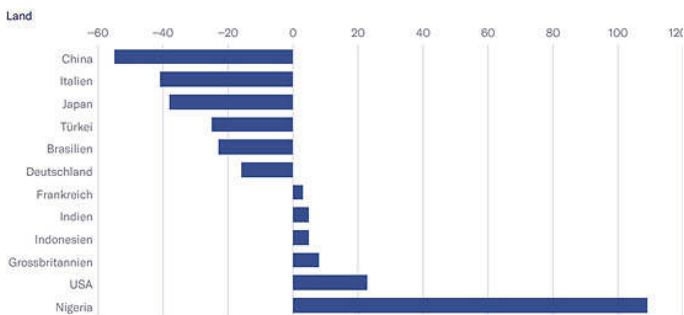
STUDIEN / LITERATUR

«Das Zeitalter der Entvölkerung naht»

11. März 2025

Manchen Ländern droht der «Bevölkerungskollaps»

Entwicklung der Zahl der Einwohner, 2100 gegenüber 2023, in %; Prognosen auf Basis von Geburtenraten und Lebenserwartung der Gegenwart



Quelle: Uno / McKinsey Global Institute

NZZ/feb.

Sinkende Geburtenraten dürften in Italien, Deutschland, China und Japan in den kommenden Jahrzehnten für einen starken Rückgang der Bevölkerung sorgen. Michael Ferber schreibt dazu in der NZZ:

«Diese Entvölkerung oder «Depopulation» ganzer Länder ist ein Wendepunkt in der Geschichte der Menschheit und in diesem Umfang noch nie da gewesen», sagt Hans Groth, Präsident des St. Galler World Demographic & Ageing Forum. Dabei sei diese Entwicklung aus demografischer Sicht schon lange absehbar gewesen. «Sie hat schleichend begonnen, wird sich über Generationen hinziehen und lässt sich kaum aufhalten – zumal die entsprechenden Nachkommen nicht geboren worden sind und auch nicht geboren werden», sagt er.

Besonders hart dürfte die Entwicklung Länder wie China, Italien, Japan oder Deutschland treffen (vgl. Grafik). Auch Schwellenländer wie die Türkei oder Brasilien dürften laut den Prognosen von der Entvölkerung betroffen sein. Hingegen dürfte es Industrieländern wie Frankreich, Grossbritannien und den USA gelingen, ihre Bevölkerungszahl trotz den sinkenden Geburtenraten zu steigern. Dasselbe gilt für Schwellenländer wie Indien oder Indonesien.

[weiterlesen >>](#)

It's the demography, stupid.

11. März 2025



Die dramatische demografische Entwicklung wird immer stärker zum wichtigen Thema. In der NZZ heisst es dazu in einem Beitrag von Peter Fischer:

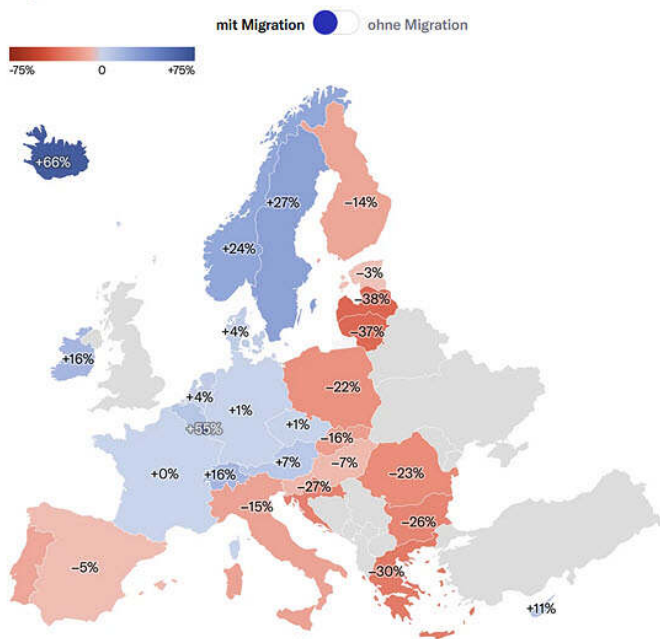
Für die Schweiz kommen die Wirtschaftsverbände [in einer Simulation](#) zum Schluss, dass in den nächsten zehn Jahren die Zahl der Vollzeitstellen um 163'000 zunehmen muss, wenn das BIP pro Kopf wie in der Vergangenheit weiterwachsen soll.

Gleichzeitig erwarten sie aber, dass das inländische Arbeitsangebot wegen des demografischen Wandels um 297'000 Vollzeitstellen sinken wird. Es würden also bis in zehn Jahren rund 460'000 Vollzeitstellen fehlen.

Um diese zu füllen, könnten Anreize geschaffen werden, damit Ehepartner mit Kindern mehr arbeiten. Das könnte laut dieser Simulation 48'000 zusätzliche Stellen besetzen. Beschäftigte länger im Arbeitsleben zu halten, könnte weitere 37'000 Vakanzen füllen.

Mit Migration schrumpft halb, ohne ganz Europa teilweise drastisch

Voraussichtliche Entwicklung der Bevölkerung bis zum Jahr 2100, prozentuale Veränderung im Vergleich zu 2022



Als Grundlage zur Berechnung der prozentualen Entwicklung wurden das Basisszenario und das Szenario ohne Migration der Bevölkerungsprognosen von Eurostat aus dem Jahr 2022 verwendet.
Quelle: Eurostat NZZ / cia.

[weiterlesen >>](#)

SOZIALVERSICHERUNG

13. AHV-Rente wird ab Ende 2026 ausbezahlt; Finanzierung?

4. März 2025



SDA. Als Zweitrat stimmte am Montag (2.3.25) der Nationalrat den gesetzlichen Grundlagen für das Auszahlen des «Dreizehnten» zu, mit 193 Stimmen und ohne Gegenstimme und Enthaltungen. Ausbezahlt wird die 13. Rente am Ende des

Jahres an alle, die im fraglichen Jahr Anspruch auf eine AHV-Rente haben. Erben haben keinen Anspruch auf den Zuschlag.

2026 betragen die Ausgaben für die 13. Altersrente voraussichtlich rund 4,2 Milliarden Franken. Ausbezahlt wird eine zusätzliche Monatsrente. Die 13. Rente darf nicht dazu führen, dass Bezüglern von Ergänzungsleistungen (EL) diese Leistungen gekürzt werden.

Wie die 13. AHV-Rente finanziert wird, ist noch offen. Zurzeit befasst sich die zuständige Kommission des Ständerates mit dieser Frage.



TERMINE

Tagungen, Versammlungen, Konferenzen

MÄRZ

- 26. März 2025, Zürich
Swiss Life Pension Services
Pension Day. [Website](#)
- 26. März, Thun
Biehler Stiftungsberatungen und Management
Vorsorgekonferenz Schweiz. [Website](#)

APRIL

- 3. April, Zürich, Finanz-Messe
ASIP
ASIP-Talk: 40 Jahre BVG-Obligatorium

MAI

- 7. Mai, Zürich
IZS
Mitgliederversammlung. [Website](#)
- 8. Mai, Zürich
PPCmetrics
Tagung: KI und Datenschutz. [Website](#)
- 9. Mai, Bern
inter-pension
Tag der Sammel- und Gemeinschaftseinrichtungen. [Programm](#)
- 14. Mai, Bern
Vorsorgeforum
Mitgliederversammlung
- 16. Mai, Bern
ASIP
Mitgliederversammlung

Aus- und Weiterbildung

MÄRZ

- 19. März, Bern
ASIP
Weiterbildung für die obersten Führungsorgane. [Website](#)
- 19./26. März, Olten
vps.epas
Einführung in die berufliche Vorsorge. Modulkurs. [Website](#)
- 24 /25 mars, Lausanne
Pittet
Formation en prévoyance professionnelle. Modules. [Website](#)
- Mardi, 25 mars 2025, Genève
Formation-cdf
Formation LPP pour les membres des Conseils de fondation. [Website](#)

APRIL

- 1 /3/ 7 / 8 avril, Lausanne
Pittet
Formation en prévoyance professionnelle. Modules. [Website](#)
- 2./9./16. April, Olten
vps.epas
Einführung in die berufliche Vorsorge. Modulkurs. [Website](#)
- 29. April, Olten
vps.epas
Knifflige Leistungsfälle aus der beruflichen Vorsorge. [Website](#)

[weitere Termine](#)

Impressum

Herausgeber: Vorsorgeforum - www.vorsorgeforum.ch

Redaktion: Peter Wirth, [E-Mail](#)

Inserate: Wir informieren Sie gerne über unsere Bedingungen.

Abo: Sie können diesen Newsletter unentgeltlich auf unserer [Website](#) abonnieren. Wenn Sie von der Mailing-List gestrichen werden wollen, so klicken Sie bitte auf den Link in der untersten Zeile dieser Seite.

Mitteilungen an die Redaktion unter info@vorsorgeforum.ch.

Der Newsletter erscheint i.d.R. alle vierzehn Tage.

Das Vorsorgeforum wurde 1989 gegründet. Ihm gehören als Mitglieder an: private und öffentlich-rechtliche Vorsorgeeinrichtungen, Organisationen der Sozialpartner, der Schweizerische Pensionskassenverband, Pensionskassen-Experten, der Schweizerische Versicherungsverband, die Bankiervereinigung, Dienstleistungsunternehmen im Bereich berufliche Vorsorge und engagierte Private.